

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Ämliches Kreisblatt für den Landkreis Neuß

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Beilagen: „St. Antoniusblatt“, „Heimatvolk und Heimat“, „Kirche und Leben“, „Die Frau und ihr Heim“, „Unterhaltung und Wissen“, „Sport-Rundschau“ und die illustrierte Beilage „Heimat und Welt“. — Eigene Druckanstalt.

Der Bezugspreis beträgt — halbjährlich einschließlich Beilagen — 1 Reichsmark.



Meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich

Anzeigenpreis — Zahlung bei Vorlage — für die 20 mm breite Zeilenbreite 25 Pfennig. außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 30 Pfennig. — Restabgabe 1 Mark. Einzelne Exemplare 5 Pfennig. Abends für die Nummer des folgenden Tages. Fernsprecher 63.

Verkaufsstellen: Neuß, Niederstraße 44. Reichsbank-Giro-Konto. Wollschied-Konto 41800.

Nr. 74

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Dr. Heinrich Staab.

Neuß, Mittwoch, 30. März 1927 (Quirinus)

Rotationsdruck und Verlag der
Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

54. Jahrgang

Russischer Vorstoß gegen England. Wird in Albanien weiter mobilisiert?

Neuestes in Kürze.

Bonn, 29. März. Professor Gustav Janitsch, von der hiesigen Universität, ist zum ordentlichen Professor für organisch-chemische Technologie an der Technischen Hochschule in Graz ernannt worden.

Berlin, 29. März. Geldschrankfabrikanten erbeuteten in einer Butterfabrik nach Aufschlüsselung des Geldschrankes 60 000 Mark.

Paris, 29. März. Die Polizei in Santiago verhaftete nach aufregender Verfolgung mehrere Anarchisten, die beabsichtigten, das amerikanische Botenschaftsgebäude in die Luft zu sprengen.

Scharfe russische Drohungen.

Chamberlain und der antirussische Block.
(Radio-Telegramm.)

Moskau, 29. März. In einer Rede auf dem Moskauer Gouvernment erklärte Rykow zu den Ereignissen in Nanjing: Wenn auf einem Gebiet der internationalen Politik die Kanonen zu sprechen beginnen, so gibt es genug Gründe zur Besorgnis um das Friedenswerk. Bei der gegenwärtigen überaus verwickelten internationalen Lage, kann eine derartige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas einen großen Krieg in China hervorrufen, der seinerseits in einer logischen Entwicklung zur Quelle von Verwicklungen nicht allein auf dem asiatischen Kontinent, sondern auch in der ganzen Welt werden kann. Für die Sowjet-Union besteht die Gefahr darin, daß feindliche Truppen zu beweisenden haben, daß zur Unterdrückung der nationalen Freiheitsbewegung in China und anderen Ländern in erster Reihe die Moskauer Revolution unterdrückt werden müsse. Gegenwärtig kann niemand sicher angenommen werden, daß direkte Abenteuer gegenüber der Sowjet-Union und eine evtl. Intervention auf deren Gebiet in nächster Zeit wenig wahrscheinlich ist, wenn das gegenwärtige Verhältnis der Kräfte bestehen bleibt.

Zu den englisch-russischen Beziehungen erklärt Rykow: Obwohl englische Regierungsvertreter antichamberlainisch behaupten, persönlich keinerlei feindliche Verhandlungen zur Organisation eines sowjetfeindlichen Blocks geführt zu haben, so werden dennoch die Versuche, einen derartigen Block zu bilden, kaum von irgend jemanden angezweifelt. Vielmehr strebt Chamberlain tatsächlich nicht die Schaffung eines sowjetfeindlichen Blocks an, sondern ist womöglich sogar bemüht, einen sowjetfreundlichen Block zu schaffen. Jedenfalls bestätigen alle seine Maßnahmen hinsichtlich der Entwicklung der englisch-sowjetischen Beziehungen diese Bestrebungen nicht. Alle, die den Sturz der Sowjetmacht antreiben, fühlen sich hierin mit Chamberlain vollkommen solidarisierend. Wir sind am wenigsten dafür verantwortlich, daß eine derartige Lage entstanden ist.

Exterritoriale Rechte in Tschangschai aufgehoben.

London, 29. März. Reuter berichtet aus Tschangschai, daß der britische Vorgesandener von Tschangschai die exterritorialen Rechte aller Engländer in Tschangschai aufgehoben habe und die britischen Behörden infolgedessen alle dortigen britischen Untertanen abfordern.

Infolge eines unbedeutenden Zusammenstoßes zwischen Matrosen des britischen Kriegsschiffes Woodstock und Chinesen in Tschangschai hat der Vorgesandener die britischen Kriegsschiffe aufgefordert, den Hafen zu verlassen, und die Auslieferung der britischen Seeleute an die chinesischen Behörden verlangt.

Die Unruhen in Singapore dauern an.

(Radio-Telegramm.)

Singapore, 29. März. Die Behörden sind besorgt wegen der Unruhe, die vor 14 Tagen anlässlich der Gedächtnisfeier für Sun Yat-sen begonnen und die sich jetzt zu einem Boykott der Omnibusse und Angriffen auf Omnibusse und Polizei entwickelt haben. Die Gerichte verhängen schwere Strafen über die verhafteten Chinesen. Heute Abend kam es wieder zu einem Zusammenstoß bei dem die Polizei Verhaftungen vornahm. Truppen stehen für den Notfall in Bereitschaft.

Die Unstimmigkeiten in Schanghai offenkundig?

(Radio-Telegramm.)

London, 30. März. „Chicago Tribune“ meldet aus Schanghai: Gestern nachmittag hielten die Nationalisten die Eröffnungsszeremonie der örtlichen Gemeindeverwaltung ab. Nach Meldungen chinesischer Blätter war General Tschangschai anwesend und schlug vor, angesichts der gegenwärtigen Kampflage die Zeremonie aufzuschieben. Die Politiker gingen aber auf seine Ausführungen nicht ein. Die bevorstehenden nationalen Streitkräfte haben begonnen, alle Ausländer, die das Gebiet der Chinesenstadt betreten, auf Waffen zu untersuchen.

Jugoslawien fühlt sich immer noch bedroht.

Berlin, 29. März. Nach einer Londoner Meldung der „Post-Zeitung“ hat Südslawien die Großmächte benachrichtigt, daß es sich bedroht fühle durch die mit italienischer Hilfe ausgeführte allgemeine Mobilisierung in Albanien.

Die albanische Mobilisierung wird fortgesetzt.

Paris, 29. März. Savaas meldet aus Belgrad, die Belgrader Regierung habe die Anregung der Großmächte betreffend das Enqueteverfahren an der herzog-albanischen Grenze ohne Einschränkungen angenommen. Nachrichten aus Albanien bezeichnen die dortige Lage als ernst. Die albanische Mobilisierung werde unter Leitung italienischer Offiziere aktiv fortgesetzt.

Die italienischen Luftstützungen.

(Radio-Telegramm.)

Rom, 30. März. Aus des getrigen Rede des Unterstaatssekretärs für Aeronautik muß noch nachgetragen werden, daß er am Schluß sagte, innerhalb von drei Jahren würde Italien folgende Luftflotte besitzen: 865 Bombenflugzeuge, 1250 Kampfflugzeuge und 682 Aufklärungsflugzeuge, zusammen 2797 Flugzeuge.

Das tschecho-slowakische Armeedoktrinalbuch.

Prag, 29. März. Veröffentlichte Auszüge aus den Dienstvorschriften für die tschecho-slowakische Armee, aus denen deren deutschfeindliche Tendenz hervorgeht, haben im Abgeordnetenhaus und insbesondere unter den deutschen Parteien große Aufregung hervorgerufen. Nach dem „Prager Tageblatt“ sollen alle Stellen ausgemerzt werden, die verfeindend wirken.

Reichsjustizminister Hergt über die Koalition.

Berlin, 30. März. Der „Völkische Anzeiger“ veröffentlicht eine Unterredung mit Reichsjustizminister Hergt, in deren Verlauf dieser es als notwendig bezeichnete, daß man sich auch in den Parteien der Regierungskoalition ein über die Parteien hinausgehendes Gemeinschaftsgefühl aneignen müsse. Selbstverständlich sei seine Aufgabe der Grundidee, kein Aufgeben weltanschaulicher Untermauerung unserer praktischen Politik! Aber diese so natürliche Koalitionsgemeinschaft, die erst nach so großen Schwierigkeiten zustande gekommen ist, diese Zusammenarbeit der staatsbürgerlich eingestellten Volksparteien, die die Klasse als solche und ihre Kämpfe ablehnen und jede in sich die verschiedenen Volksschichten auf eine Gemeinamkeit in ihren Reichen geeint haben, sie muß sich auf die größere Gemeinamkeit als staatsbürgerlich eingestellte Volkspartei stützen, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist und ein konnte.

Das Reichsschulgesetz sofort nach den Osterferien?

Berlin, 29. März. Reichsminister des Innern, v. Meißner, soll beabsichtigen, unmittelbar nach den Osterferien dem Reichstag den Entwurf für das neue Reichsschulgesetz vorzulegen.

Eine Unfallversicherung für Schüler.

Dresden, 30. März. Infolge der immer mehr zunehmenden Unfälle, denen die Schüler auf dem Wege zur Schule und auch im Schulbetrieb ausgesetzt sind, hat das sächsische Kultusministerium angeordnet, die Schüler einer höheren Schule auf Kosten des Unterhaltungsamtes gegen Unfälle, die mit der Schule im Zusammenhang stehen, zu versichern. Die Durchführung der Versicherung übernehmen die Gemeindeversicherungsverbände. Die Teilnahme für alle Schüler der staatlichen Schulen ist ab 1. April verbindlich.

Deutsche Industrie und Pariser Wirtschafts-verhandlungen.

Berlin, 29. März. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat der Reichsregierung seine Stellungnahme zu den Handelsverhandlungen mit Frankreich mitgeteilt. Da heißt es, daß nach der übereinstimmenden Auffassung aller deutschen Industrien der Wunsch eines Provisoriums mit Frankreich im gegenwärtigen Augenblick nur dann wirtschaftlich gerechtfertigt ist, wenn das Provisorium für einen längeren Zeitraum die Ausfuhrindustrien vor dem Zutritt der französischen Zolltarifmole in ihrer jetzigen Gestalt schützt und gleichzeitig allen Ausfuhrindustrien auf ihren Hauptgebieten Ausfuhrmöglichkeiten bringt, die der Preisgabe des wichtigsten deutschen Kompensationsobjektes, der Einräumung der Weißbegünstigung für Wein, an Frankreich entsprechen.

Industrielehrlinge und Handwerk.

Von der Handwerkskammer Düsseldorf wird uns geschrieben: Die Großindustrie ist seit einigen Jahren bestrebt, die Ausbildung der in ihren Betrieben benötigten Facharbeiter selbst durchzuführen. Entnahm sie bisher den größten Teil ihres Facharbeiternachwuchses aus dem Handwerk, so scheint sie für die Zukunft auf diese Ergänzung aus dem Handwerk verzichten zu wollen. Durch Einrichtung von Lehrwerkstätten mit einem Stamm von Berufsbildnern, wird in vielen Betrieben schon jetzt der Lehrling für die Anfertigung der von den einzelnen Werken gebauten Maschinen und Apparate oder für die Instandhaltung bestehender Maschinenanlagen und Einrichtungen ausgebildet.

Es ist zweifellos volkswirtschaftlich zu begrüßen, wenn die Industrie auf diese Weise sich einen Stamm von geschulten Facharbeitern heranbildet. Es muß aber vor der Fiktion gewarnt werden, als ob sie nun mit einem Male auf den Nachwuchs aus dem Handwerk verzichten könne. Die Großindustrie braucht nach wie vor universell ausgebildete Leute, die ihr nur das Handwerk zur Verfügung stellen kann. Die Ausbildung des Industrielehrlings muß, dem Charakter der Industrie entsprechend, eine einseitige bleiben. Die Dreher, Schlosser, Hobler, Bohrer, Fräser, Schleifer, können immer nur für das betreffende Fach herangebildet werden. Durch die Gleichmäßigkeit der Arbeiten wird die Arbeitsleistung eine fast rein mechanische. Das Persönliche ist nahezu restlos ausgeschaltet, da Vorrichtungen und Fertigung der Arbeitsstücke dem Facharbeiter genau vorgeschrieben sind. Ein selbstständiges Überlegen bleibt dem Facharbeiter unbekannt. Diese Arbeiten belegen für ihn die Konstruktions-, Kalkulations- oder Betriebsbüros.

Der handwerklich ausgebildete Geselle beherrscht sein Gewerbe universell in allen Spezialgebieten. Solche Kräfte kann auch die Industrie niemals entbehren. In welcher Verlegenheit würde beispielsweise ein im Industrielehrgang einseitig ausgebildeter Monteur geraten, wenn er in seiner Montagestelle genötigt wäre, selbständig ein Stück drehen oder schmelzen zu müssen. Der aus dem Handwerk hervorgehende Schlossergeselle ist im Drehen, Hobeln, Bohren, Fräsen, am Schraubstock und am Schmiedefeuer ausgebildet. Er ist infolgedessen in der Lage, allen Möglichkeiten gerecht zu werden.

Die einseitige Ausbildung des Industrienachwuchses hat aber auch soziale Nachteile. Vor allen Dingen hindert sie die wirtschaftliche Anpassungsfähigkeit des Arbeiters in Zeiten von Konjunkturschwankungen. Der vielseitig ausgebildete ist zweifellos eher in der Lage, sich auf eine andere Beschäftigung umzustellen, als der einseitig Vorgebildete. Demnach kann für objektiv Urteilende nur die Parole lauten: erst universelle Ausbildung in den grundlegenden Allgemeinbildenden und dann Spezialisierung in den einzelnen Sonderzweigen. Diese Einstellung des Handwerks zu dem Problem der Ausbildung des Industrienachwuchses ist bekannt und schon oft betont worden. Um so gespannter sah man in diesen Kreisen der Lehrlingsarbeiten-Ausstellung entgegen, die die Düsseldorf-Industrie- und Handelskammer als erste dieser Art in den ersten Wochen des März dieses Jahres veranstaltet hat.

Die Ausstellung gliederte sich in fünf Abteilungen: 1. Eine Ausstellung des Düsseldorf-Verbandsamtes, 2. eine Ausstellung der Düsseldorf-Verfälschung für die Industrie, 3. Musterlehrgänge des deutschen Ausschusses für technisches Schulwesen (Datsch), 4. Lehrlingsarbeiten aus fünfzehn Lehrwerkstätten der „Dinta“ (Deutsches Institut für technische Arbeitsschulung), 5. Ausstellung von Lehrlingsarbeiten industrieller Werke aus dem Düsseldorf-Bezirk.

Die beiden ersten Abteilungen der Ausstellung brauchen hier nicht besonders gerühmt zu werden, weil sie in der Hauptsache sich auf die theoretische Ausbildung beziehen. Den wichtigsten Teil der Ausstellung stellte ohne Zweifel der „Datsch“. Er zeigte musterergütige Lehrgänge für die Ausbildung der Industrielehrlinge in den Berufen der Schmiede, Maschinenbau, Formerei, Gießerei, Modellschreiner und Dreher. Die Lehrgänge waren systematisch und methodisch richtig gewählt und die Arbeitsstücke begannen mit dem Einfachsten und stiegen langsam zum Schwierigsten auf. Die geeigneten Einzelstücke ließen eine mit steigender Ausbildungsdauer fortschreitende Verbesserung in der Fertigung erkennen. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß dieser Teil der Ausstellung durchaus der handwerklichen Lehrlingsausbildung des Schlossers- und Schmiedegewerbes analog war. Auch das Handwerk kann bei seinen künftigen Lehrlingsarbeiten-Ausstellungen aus den Musterlehrgängen des „Datsch“ zweifellos Nutzen ziehen.

Die „Dinta“ in Düsseldorf hat als Institut bei verschiedenen größeren Firmen Lehrwerkstätten eingerichtet. Die Hauptaufgaben dieses Instituts sind 1. Ausbildung von Lehrmeistern (Ingenieuren, Werkmeistern, Vorarbeitern) für Zwecke der Berufsausbildung in den Industriebetrieben, 2. Einrichtung von Lehrwerkstätten und Werkstätten. Das Institut stellt der Industrie in weitestgehender Weise Personen und Mittel zur Arbeitsschulung zur Verfügung. Die Ausstellung der „Dinta“ ergab kein einheitliches Bild. Ein Teil der Lehrwerkstätten ließ eine gute Lehrlingsausbildung erkennen, andere jedoch ließen Zweck und Sinn der Lehrlingsausbildung infolgedessen vermissen, als die Ausstellungstücke zum größten Teil Montagenarbeiten waren, also Gesellen- oder Meisterarbeiten, aber nicht Lehrlingsarbeiten.

Die am meisten interessierende Abteilung 5 hatte zweifellos ihre stärkste Seite in der Dreherei. Die ausgestellten Arbeiten zeigten durchweg einen methodischen Aufbau, wogegen die ausgestellten Bohrer-, Hobler- und Fräsarbeiten diesen methodischen Ausbildungsgang nicht erkennen ließen. Das liegt eben in der einseitigen Ausbildung für einen speziellen Zweig der Maschinenbauindustrie. Die Ausstellung aus dem Steinmetzgewerbe, dem Lederkoffer- und dem Buchdruckgewerbe, war unvollständig und ließ eine planmäßige Lehrlingsausbildung durchaus vermissen. Man konnte überhaupt im Zweifel sein, ob diese ausgestellten Arbeiten als Industrie-Lehrlingsarbeiten angesprochen werden könnten. Alle ausgestellten Lehrlingsarbeiten machten auf den Laien selbstverständlich einen großen Eindruck, umso mehr, als bei den einzelnen Stücken die darauf verwendete Arbeitszeit mit angegeben war. Aber gerade diese Angaben über die Arbeitszeit bewiesen, wie stark einseitig die Ausbildung vor-

schgegangen sein mußte. Wie ungeheuer der Unterschied gegenüber der handwerklichen Lehrlingsausbildung ist. Kritisch ist noch zu der Düsseldorf Ausstellung zu sagen, daß sie fast ausschließlich auf die Belange der metallverarbeitenden Industrie zugeschnitten war. Alle übrigen Industriezweige waren fast vollständig unberücksichtigt geblieben. Der Wert einer Lehrlingsarbeiten-Ausstellung dürfte aber nicht zuletzt in der möglichst reiflichen Erfassung aller Berufs- und Gewerbezweige zu erblicken sein, weil nur eine solche Ausstellung Vergleiche und Lehren für Berufsberatung und Berufsbildung bieten kann. Zusammenfassend sei gesagt, daß die Ausstellung der Düsseldorf Industrie- und Handelskammer jedenfalls den Beweis nicht erbracht hat, daß die univertielle Ausbildung in der Handwerkslehre nicht wesentliche Vorzüge vor der einseitigen Ausbildung in der Lehrwerkstatt der Industrie hätte.

Waffen den Balkanvölkern! bedroht und der Erklärung der Großmächte vom 9. November 1921 entgegensteht.

8. Die Lösung dieser Fragen ist nur im Rahmen des Völkerbundes möglich.

9. Deshalb zieht die südslawische Regierung die Behandlung der Fragen durch den Völkerbund vor.

10. Direkte Verhandlungen zur Wahrung der Unabhängigkeit und Unversehrtheit Albaniens zwischen Belgrad und Rom sind nur möglich, wenn die Großmächte dazu beitragen, daß der Tirana-Pakt nicht zur Grundlage internationaler Politik gemacht wird.

Noch immer bringt die Belgrader Presse Meldungen von albanischen Kriegsvorbereitungen. Albanien habe vier Jahreshass-Kontingente eingezogen und wolle jenseits des Flusses Bojana Vesteilungen auf. Italienische Agenten ständen bereit, um die Auslieferung italienischer Truppen in Valona und Durazzo zu beschleunigen.

Die Lage am Werk.

Rom, 30. März. Ein Beweis für die politische Tätigkeit der Völkervereinigung ist ein vom „Giornale d'Italia“ veröffentlichtes Dokument. Darin entwirft der Großmeister der jugoslawischen Völkervereinigung, Georg Wiser, die Tätigkeit der europäischen Völkervereinigung im Konflikt mit Italien. Weiter ist der Völkervereinigung die „Schwarze Hand“ zur Ermordung König Alexanders und seiner Gattin finanziert. Er wandte sich in dem Mundstücken gegen Italiens Proklamation und gegen den Pakt von Tirana als Konfliktquelle. Italien verleihe damit frühere Abkommen.

Aufhebung der Militärkontrolle in Ungarn.

Paris, 29. März. Nach Kenntnisnahme des Berichtes der Kontrollkommission über den Stand der Entwaffnung durch Ungarn hat die Völkervereinigung beschlossen, daß die Tätigkeit der Kommission am 31. März eingestellt wird.

Abschaffung der Wehrpflicht unmöglich.

Offene Worte an die Militärs von Versailles.

Auf der vorgelagerten Sitzung der Abrüstungskommission in Genf hielt der deutsche Delegierte Graf Bernstorff eine entscheidende Rede, deren Forderungen an diesem Tage noch unerhört waren. Deutschland könne kein Abkommen annehmen, das die ausgebildeten Reserveoffiziere nicht einbeziehe. Die Teilnehmer des militärischen Sachverständigenausschusses hätten auf Grund der Instruktionen ihrer Regierungen gesprochen. Die politischen Vertreter müßten versuchen, durch politische Mittel den Erfolg zu sichern, um die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern Europas wiederherzustellen. Graf Bernstorff erklärte, er hoffe, daß der belagerte Vertreter der Bundeswehr seinen Darlegungen über die schlimmen Wirkungen der Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht alle Mitglieder überzeugen werde. Es sei unmöglich, in den Kontinentalstaaten die Wehrpflicht abzuschaffen. Ein Jahr reiche aus, um einen Soldaten weitgehend auszubilden.

Als die hohen Militärs seinerzeit in Versailles versammelt gewesen seien, hätten sie das Ziel vor Augen gehabt, die militärische Macht Deutschlands völlig zu zerstören. Darum hatten sie Deutschland ein System auferlegt, das jede Möglichkeit beseitigt habe, Reservisten auszubilden. Sie hätten also jedenfalls die ausgebildeten Reservisten als einen besonders wirksamen Bestandteil einer Armee betrachtet. Aus diesem Grunde müßten die ausgebildeten Reservisten in die Wehrpflicht einbezogen werden. Die ausgebildete Reserve sei das wichtigste Element einer modernen Armee. Ihre Einziehung sei eine der wesentlichsten Voraussetzungen zur Erreichung des Zieles der Abrüstungsbeschränkung.

An der gestrigen Vormittagssitzung konnte der Präsident der Konferenz nur feststellen, daß jede Partei bei ihrer Auffassung bleibe. Man solle sich aber einig sein, daß eine Begrenzung der ausgebildeten Reservisten nicht vorgenommen werde. Dann trat man in die Diskussion darüber ein, ob zwischen den Streitkräften im Mutterlande und denen in den überseeischen Gebieten ein Unterschied gemacht werden solle. Der italienische Vertreter ist gegen eine von Frankreich vorgeschlagene Unterscheidungsart. Die Amerikaner Gibson und Cecil sind auch dagegen. Es wurde beschlossen, die französischen Gesichtspunkte bis morgen neu zu formulieren.

Kleine Nachrichten.

Der erste diesjährige Spargel.

Reinholdheim, 29. März. Die Pflanzung kann sich räumen, in diesem Jahre den ersten Spargel. Spargel erzeugt zu haben. Landwirt Karl Gerstbach erntete dieser Tage auf seinem Grundstück die ersten Stangen dieses Gemüses.

Der Hake im Schlafzimmer.

Mehlar, 29. März. Ein bemerkenswerter Kampf in der Vogelwelt wurde dieser Tage in Krosch bei Mehlar beobachtet. Ein Hake verfolgte ein Döckchen, das sich in seiner Fledermaus in das offene Fenster des Schlafzimmers flüchtete. Das Hake hielt den Haken fest, doch nicht ab, nachzusehen und seine Beute im Zimmer zu erhalten, mit der er flugs wieder durch das Fenster das Weite suchte.

Schreckentat einer wahnhaften Mutter.

Berlin, 30. März. Auf dem Gute Theresienhof bei Groß-Mechow in Kreis Teltow hat die 34jährige, von ihrem Ehemann getrennte Lebere Anna Kraus, ihre 11jährige Tochter durch zahlreiche Messerstiche getötet. Die Mörderin wurde verhaftet. Es ist anzunehmen, daß sie das Verbrechen in einem Anfall von Wahnwitz begangen hat.

Zwei Kinder erstift.

Stettin, 30. März. Auf dem Gute Schadeleben hatten Schmitt ihre Kinder während der Arbeitszeit in eine Scheune eingeschlossen. Ein Knabe wurde mit Streichhölzern einen Strich in Brand. Zwei Kinder im Alter von vier und fünf Jahren erstickten.

Abschuss eines französischen Militärflugzeuges.

(Radio-Telegramm.)

Paris, 30. März. Nach einer Agentenmeldung aus Straßburg ist ein Militärflugzeug in der Nähe von Straßburg, aus niedriger Höhe abgestürzt und fiel im Schmelzdrahtwerk des Fort Ulrich nieder. Der Apparat wurde zerstört, der Führer getötet.

Wettervorhersage bis Freitag.

(Telegraphische Meldung des Observatoriums Wachen.)

Veränderliche Bewölkung, zeitweise trüb mit Niederschlägen, vorübergehend auch aufhellend. Temperatur aussergewöhnlich. Gelsen betragen die höchsten Temperaturen 10 bis 14, die tiefsten 2 bis 5 Grad über Null.

Die Demokraten in der Finanzopposition. — Dr. Brünnings Antwort.

Zahlenpiel.

Berlin, 28. März. Im Haushaltsausschuss des Reichstages wurde die allgemeine Aussprache über den Etat der allgemeinen Finanzverwaltung fortgesetzt. Abg. Dr. Fischer (Köln) (Dem.) vertrat die Opposition. Bedauerlich sei, daß die Abbröckelungsmaßnahmen in erster Linie bei den sozialen Teilen des Etats vorgenommen worden seien. Redner beantragte Streichung der Erhöhung der Biersteuerentschädigung für die süddeutschen Länder und die Streichung von 10 Prozent am Reichswehretat, mit deren Hilfe die Einkommen-, Körperschafts- und Zundersteuer gesenkt werden könnten.

Reichsfinanzminister Dr. Schuler weist die Auffassung zurück, daß seine Darlegungen im Haushaltsausschuss in Widerspruch ständen zu seiner Einsicht. Die Finanzwirtschaft des Reiches werde offen und klar geführt. Er habe nicht den Ehrgeiz, am Schluß des Rechnungsjahres als großer Mann dazustehen, indem er mit großen Ueberbäumen herauskomme. Die Abbrüche für soziale Zwecke seien gemacht worden, um gerade andere soziale Zwecke zu erfüllen, so die Erhöhung der Leistungen der Invalidenversicherung, der Unterbringung der Kleinrentner usw. Die Steuerentlastungsaktion habe 1926 gut gewirkt, sei aber nur möglich gewesen, weil Steuerüberschüsse zur Verfügung standen.

Nach Ausführungen der Abgeordneten Dr. Cremer (Deutsche Volksp.), Dr. Quast (Deutschn.) und Dr. Herß (Sag.) sprach Abg. Brünnings (Zentrum). Er stimmte im Prinzip den Anregungen des Abg. Quast, die Möglichkeit der Bewilligung von neuen Ausgaben während des Etatsjahres auf Anträge einzelner Parteien einzuschränken, zu. Man müsse aber auch bedenken, daß unter Umständen bei a u ß e r g e w ö h n l i c h e n N o t f ä l l e n auch ein gewisser Druck auf die Reichsregierung ausgeübt werden muß. Die Notwendigkeit, möglichst die schwimmenden Fonds der Reichsregierung zu beilegen und der Reichsbank absolute Kontrolle über den Geldmarkt zu sichern, erkennen wir an. Auch zentrale Kassenführung für die gesamte Reichsverwaltung ist nötig. Wir begrüßen, daß ab 1. April eine neue Art der Kassenüberblick gegeben werden soll. Die nachträglichen Einnahmen und Ausgaben müssen in die gesamte Kassenaufstellung herangezogen werden. Auch der Kritik des Abg. Hilferding über die Auflegung der letzten Reichsanleihe stimmte Redner zu. Eine gezielte Festlegung, daß ein Geschäftsführenderes Kabinett unter seinen Umständen an den Anleihemarkt herantreten darf, ist aber unmöglich. Abg. Dr. Fischer hat das Vorhandensein erheblicher Barreserven betont. Es scheint von Seiten Dr. Fischers eine Doppelberechnung von Summen vorzuliegen, die sowohl in den Mehreinnahmen wie in den Ueberüberschüssen vorhanden sind, was Redner im Einzelnen nachweist. Bei einer Gewinnreserve, die durch einen zehnprozentigen Abbruch beim Wehretat entstehen soll, müssen wir feststellen, daß wir im wesentlichen an den Summen festhalten, die der demokratische Reichsfinanzminister in den Etat eingestellt hat. Wenn nun die demokratische Partei, nachdem sie in die Opposition eingetreten ist, einen zehnprozentigen Abbruch vorschlägt, so ist das eben ein Oppositionsantrag, der keine Bedeutung mehr hat. Redner kritisiert Dr. Fischers Rechnungen zum Finanzausgleich. Bei den kleineren sozialen Ausgaben läßt sich über die Aufrechterhaltung der 5 Millionen M. für die Kindererziehung reden. Die Zentrumspartei wünscht nur in Ueber-einkimmung mit dem Reichsfinanzminister, daß die Fonds aus dem Etat befreit werden, die auf eine stille Subvention der Länder hinzielen.

Der Wehretat im Reichstag.

Nachdem verschiedene Redner sich für den Wehretat als eine Notwendigkeit ausgesprochen und die Wehrpflicht als einzige Grundlage zur Verteidigung eines Volkes betont hatten, ergreift Wehrminister Dr. G e h l e r nochmals das Wort. Er wies darauf hin, daß England nach dem Kriege große Munitionsvorräte von Amerika übernahm, worüber alles hätten vernichtet müssen. Bis 1926 durften wir keine Munition mehr herstellen. Man verbietet Deutschland die Verwendung billiger Uebungsmunition! 10% könne man in einem Etat wie diesen nicht streichen. Wenn die Mittel nicht mehr möglich seien, solle der Reichstag beschließen: 80 000 Mann statt 100 000 Mann!

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) begrüßt die Forderungen für die Reichswehr, da die Dienstverpflichtung von der Verjüngung nach der Dienstentlassung abhängt. Auch Stelungs-möglichkeiten den ausgedienten Wehrsoldaten gewährt werden.

Der Demokrat Hönneburg sucht nochmals Abstriche zu rechtfertigen. Andererseits sieht er die Zeit kommen, wo wir frei werden und unsere Flotte völlig modernisiert werde. Abg. Schmidt (Deutschn.) liest eine Note der interalliierten Militärkommission, in der gesagt wird, ohne die Hilfe der deutschen pazifistischen Kreise würde die Kommission nicht arbeiten können. Hoffentlich würden alle Vaterlandlich denkenden wieder einmal zusammengeführt, da im Reichsbanner und in der Rotfront viele Tausende wehrhaft dächten. Das Mißsystem sei unmöglich.

Preussischer Landtag.

Berlin, 29. März. Der Landtag erledigte heute zunächst die erste Beratung eines Antrages der Koalitionsparteien über die Verteilung der erhöhten Miete zur Hauszinssteuer. Es ist hier eine Staffelung vorgesehen, die mit 40 Prozent der Friedensmiete als Hauszinssteuer bei einer Befreiung des Hauses bis zu 45 Prozent beginnt und Zuschläge bis zu 6 Prozent der Friedensmiete bei Belastungen zu 55 und 60 Prozent vorsieht. Finanzminister

Dr. Götter-Mischow betonte, daß man die Verantwortung für die Mieterhöhung der Reichsregierung überlassen muß. Das zu erwartende Mehraufkommen an Hauszinssteuer sei mit etwa 120 bis 130 Millionen Mark zu veranschlagen. Der Neubautätigkeit sollte von diesem Mehraufkommen fünf Sechstel, den Gemeinden ein Sechstel zugute kommen. Mit dem zur Verfügung stehenden Mitteln wird nach Ansicht des Ministers eine starke Bautätigkeit im laufenden Jahre durchgeführt werden. Die Vorlage ging zur weiteren Vorbereitung an den Hauptauschuß.

Dann wurde die zweite Beratung des Haushalts des Innenministeriums beim Abschnitt Polizei und Landjägerzeit fortgesetzt. Dabei sprach der deutschnational Abgeordnete Nord namens seiner Partei dem Minister G e r z e l i n s k i das Mißtrauen aus, weil auch er das System Severings beibehalten wolle. Für das Zentrum verlangte Abg. Stieler u. a., daß der Minister die innenpolitischen Mächte, die immer wieder durch die Tätigkeit der sogenannten Kampfbünde hervorgerufen werden, wirksam beugen möge. Der Kommunist G e r l e i n erklärte, daß seine Parteigenossen die Mahnung des Ministers, im Hinblick auf die Stabilität der Lage zu Hause zu bleiben, nicht beachten, sondern Berlin schüren würden vor einem sozialistischen Umsturz. Der kommunistische Redner erhielt im Laufe seiner Ausführungen wegen verächtlicher beleidigender Redemalereien drei Ordnungsstrafe, worauf ihm nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung das Wort entzogen wurde. Weiterberatung Mittwoch.

Der neue Bischof von Rottenburg.

Rottenburg, 29. März. Das Domkapitel hat den Kapitularvikar Dr. Spöhl zum Bischof von Rottenburg gewählt. Der neue Bischof Dr. Johann Baptist Spöhl ist am 2. Oktober 1870 in Schwabenhausen (Oberamt Wadlbe) geboren. Er studierte an der Universität Tübingen Philosophie und Theologie und wurde nach seiner Priesterweihe 1897 in Rottweil, dann in Oberndorf a. N. und in Heilbronn, 1897 wurde er Sekretär am Bischofsstuhl in Tübingen, nach 3 Jahren Subregens am Bischofsstuhl in Rottenburg, in welcher Stellung er zwölf Jahre blieb. Dann wurde er Pfarrer in Rottweil (Oberamt Heilbronn), 1902 Domkapitular und in Vertretung des Bischofs Mitglied der Ersten Kammer. Eine Reihe von historischen Werken stammen von ihm. Am 25. November 1915 wurde Dr. Spöhl zum Bischof des Bistums Rottenburg ernannt. Während des Weltkrieges reiste er wiederholt zu den Kriegern an die Front, besuchte die Lazarette und Gefangenenerlager und hielt bei den Truppen Gottesdienste.

Eine Riesenrennbahn.

Düsseldorf, 29. März. Zur Zeit finden zwischen Sportfreisen Deutschlands Verhandlungen wegen Errichtung einer Training-Zentrale für Westdeutschland statt. Die Anlage soll einen Umfang von etwa 500 Morgen haben und würde somit die größte Rennbahn von Europa werden. Die Finanzierung wird nicht nur von den örtlichen Reiter- und Rennvereinen, sondern auch der rheinischen Landwirtschaftskammer, dem Landkreise und der Stadt Düsseldorf durchgeführt werden. Die westdeutsche Trabebahn in Gelsenkirchen wird wahrscheinlich ihre Bahn in Gelsenkirchen aufgeben und nach Düsseldorf überfödeln. Das in Aussicht genommene Gelände wird allerdings von Fachkreisen als nicht sehr geeignet bezeichnet.

Konturs der „Sächsischen Volkszeitung“.

Freiburg, 30. März. Die Verhandlungen über eine Sanierung der in finanzielle Schwierigkeiten geratenen, Sächsischen Volkszeitung, des einzigen Zentrumsorgans in Sachsen, sollen nach Meldungen keine Aussicht auf Erfolg haben, so daß der Konturs kaum zu vermeiden sein werde. Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft sollen Verantwortungen untersuchen, die ein früherer Geschäftsführer des Blattes begangen haben soll.

Der Tiranapakt als Kriegsanklaß.

Dringende Vorstellungen Jugoslawiens.

Belgrad, 29. März. Nach einer Meldung an das „Berliner Tageblatt“ stellt Jugoslawien um Albanienkonflikt und seiner Behandlung folgende Forderungen:

1. Eine Untersuchung wird angenommen.
2. Sie ist gleichzeitig auch auf albanisches eventuell auch auf italienisches Gebiet auszudehnen.
3. Der Konflikt stellt keinesfalls, wie Italien behauptet, einen albanisch-südslawischen Streitfall dar, in dem Italien sich als Schlichter Albaniens aufspielen könnte.
4. Der Konflikt hat vielmehr den Charakter eines italienisch-südslawischen Streitfalles, in dem Italien keine andere Rolle als Südslawien spielt.
5. Der Konflikt ist lösbar durch eine Untersuchung darüber, ob Südslawien schuldig ist oder nicht. Diese Prüfung würde aber ein baldiges, noch gefährlicheres Wiederaufkommen der Kriegsgefahr nicht verhindern.
6. Die Untersuchung hat den Frieden Europas aufrecht zu erhalten und aus der albanischen Wettecke von Grund auf die Ursachen zukünftiger Kriegsgefahren aufzuklären.
7. Als solche Kriegsursache betrachtet die südslawische Regierung den Vertrag von Tirana, der die Unabhängigkeit und Unversehrtheit Albaniens und den Grundpfeiler der

Stundent.

Donnerstag, den 31. März.

Königsberg (Welle 468.8). Münster (Welle 241.9).
Dortmund (Welle 288). 1.30: Mittagskonzert. 3.45: Bänder-
sprung. 4.15: Jugendstunde. 5.00: Musik. 6.10: Bänder-
sprung. 200. Lobschlag. 6.35: Die deutsche Jugendbewegung. 7.15:
Praktische Rufe für Kleingärtner. 7.40: Gutes Deutsch! 8.10: Dicht-
erstunde. 9.00: Opern- und Operettenabend. 10.50: Musik.
Frankfurt a. M. (Welle 428.6). 1.30: Mittagskonzert. 3.30:
Stunde der Jugend. 4.30: Nachmittagskonzert. 5.45: Vesperstunde.
6.15: Antennenbau und Rhetorik. 6.45: Gefahren des Alkohol-
missbrauchs. 7.15: Die großen Metropolen. 8.15: „Der fidele Bauer“.
Operette in drei Akten. Anschließend Jazzkonzert.
Berlin (Welle 453.9). 12.30: Landwirt. 4.00: Die Schwerkraft
im Weltraum. 4.30: Kapelle Gebirge Steiner. 6.30: Technische
Wanderungen durch Süd-Bayern. 7.05: Spanisch. 7.30: Naturer-
kenntnis und Kulturgeschichte. 8.00: Einführung. 8.30: 200 Jahre
Orchestermusik. 10.30: Musik.
Königsberg (Welle 468.8). 1.30: Mittagskonzert. 3.45: Bänder-
sprung. 4.15: Jugendstunde. 5.00: Musik. 6.10: Bänder-
sprung. 200. Lobschlag. 6.35: Die deutsche Jugendbewegung. 7.15:
Praktische Rufe für Kleingärtner. 7.40: Gutes Deutsch! 8.10: Dicht-
erstunde. 9.00: Opern- und Operettenabend. 10.50: Musik.
Frankfurt a. M. (Welle 428.6). 1.30: Mittagskonzert. 3.30:
Stunde der Jugend. 4.30: Nachmittagskonzert. 5.45: Vesperstunde.
6.15: Antennenbau und Rhetorik. 6.45: Gefahren des Alkohol-
missbrauchs. 7.15: Die großen Metropolen. 8.15: „Der fidele Bauer“.
Operette in drei Akten. Anschließend Jazzkonzert.
Berlin (Welle 453.9). 12.30: Landwirt. 4.00: Die Schwerkraft
im Weltraum. 4.30: Kapelle Gebirge Steiner. 6.30: Technische
Wanderungen durch Süd-Bayern. 7.05: Spanisch. 7.30: Naturer-
kenntnis und Kulturgeschichte. 8.00: Einführung. 8.30: 200 Jahre
Orchestermusik. 10.30: Musik.
Königsberg (Welle 468.8). 1.30: Mittagskonzert. 3.45: Bänder-
sprung. 4.15: Jugendstunde. 5.00: Musik. 6.10: Bänder-
sprung. 200. Lobschlag. 6.35: Die deutsche Jugendbewegung. 7.15:
Praktische Rufe für Kleingärtner. 7.40: Gutes Deutsch! 8.10: Dicht-
erstunde. 9.00: Opern- und Operettenabend. 10.50: Musik.
Frankfurt a. M. (Welle 428.6). 1.30: Mittagskonzert. 3.30:
Stunde der Jugend. 4.30: Nachmittagskonzert. 5.45: Vesperstunde.
6.15: Antennenbau und Rhetorik. 6.45: Gefahren des Alkohol-
missbrauchs. 7.15: Die großen Metropolen. 8.15: „Der fidele Bauer“.
Operette in drei Akten. Anschließend Jazzkonzert.
Berlin (Welle 453.9). 12.30: Landwirt. 4.00: Die Schwerkraft
im Weltraum. 4.30: Kapelle Gebirge Steiner. 6.30: Technische
Wanderungen durch Süd-Bayern. 7.05: Spanisch. 7.30: Naturer-
kenntnis und Kulturgeschichte. 8.00: Einführung. 8.30: 200 Jahre
Orchestermusik. 10.30: Musik.

Neuer Stadtfilm. Wie uns das Stadthverbeamt mittelt,
ist der Neuer Stadtfilm in letzter Zeit mehrfach auswärts
zur Aufführung gelangt. So vom 28. 10. bis 2. 11. bei einer
Tagung des Vereins christl. junger Männer in Elberfeld, am
16. 3. bei der Losca-Film-Gesellschaft vor ca. 30 Lehrpersonen
aus Düsseldorf, am 12. und 13. März beim Jung-
männer- und Jünglingsverein in Witten-Büppel.

Außerdem wurde ein Kulturfilm geschaffen, betitelt:
„Von der Römerviedlung zur Industriestadt“ unter Verwen-
dung der Hauptteile des Neuer Stadtfilms. Es besteht große
Wahrscheinlichkeit, für diesen Film weiteste Verbreitung in
den Lichtspieltheatern zu sichern.

Demnach soll der Film in seiner neuen Gestalt auch hier
zur Aufführung gelangen.

Baderseelsorgeprüfung. Am Montag fand in Neuf die
theoretische Seelsorgeprüfung der Baderseelsorge des Kreises
Neuf statt. Die Prüfung erfolgte im Rahmen der Prüfungs-
kommission, den Herren Düren (Vorsitz), Krüppel
(Gefährte), Kämmer (Gefährte), Jungbluth (Bücher) und
Clemens (Bücher). Als Prüfungsthemen wurden gegeben:
1. Arbeitsschritte (Vorbereitung, Durchführung, Nachbereitung),
2. Reichsversicherungsordnung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung),
3. Gemeinschaftsleben (Staat, Gemeinde, Familie, Schule).

Aus der Fachkunde: Wasser, Milch, Mehl (Arten, Zu-
sammensetzung, Fälschung, Prüfung), der Backprozess.
Schriftliche Arbeiten: Bewerbung um eine
Lehrstelle. Beanstandung minderwertiger Ware. Rech-
nung. Auskalkulieren einer Lücke. Prozentrechnung.

Alle 8 Prüflinge bestanden. Fritz Holte (Bücher) mit
sehr gut; Peter Hermanns (Bücher), gut bzw. sehr gut;
Max Rischberger (Kommerskirchen), gut; Jakob Düren
(Gefährte), gut; Heinrich Erkes (Gefährte), gut; Anton Holz
(Dormagen), gut bzw. genügend; Hermann Wellen (Gefährte),
gut bzw. genügend; Anton Kabis (Allerheiligen), gut bzw.
genügend.

Die Vörsprechung der Lehrlinge nahm Herr Obermeister
Kämmer vor. Anschließend gaben Herr Schulleiter Fuchs
und Dr. C. M. Merck die jungen Seelsorger einige ermunternde
Worte und Lehren mit. Der gemüthliche Teil, zu dem auch die
Eltern und Lehrmeister der Prüflinge erschienen waren, hielt
die Anwesenden noch einige Stunden beisammen.

Auf den heutigen Vortrag im Verein. 8 Uhr abends
im Rheinischen Hof wird nochmals aufmerksam gemacht.

Der Nationalkrieger-Verein von 1890 Neuf macht auf
die Vörsprechung zwecks Festlegung der Übungstunde
im Allgemeinen aufmerksam.

Die nächste Beratung für Kleinkinder im Stadtkreis
Neuf findet nicht am Freitag, den 1. April 1927, sondern den
8. April 1927 statt.

Westdeutscher Jägertag.

Der „Weidmannschütz“, Westdeutscher Jägerbund e. V.,
Köln, hatte die Jäger Westdeutschlands zu einem 1. West-
deutschen und 4. Rheinischen Jägertag am 20. März nach
Köln berufen. Die Stadt Köln begrüßte am Abend vorher
die Vorstehenden sämtlicher Bezirksgruppen auf einem Fest-
bankett, das Bürgermeister Dr. Wilke leitete. Zum
Jägertag selbst waren aus Rheinland, Westfalen und Hessen-
Nassau Jäger in bedeutender Anzahl herbeigeeilt. Über 8500
organisierte Jäger waren vertreten. Der Bundesvorsitzende,
Rechtsanwalt Dr. Blagheim (Köln) begrüßte die Ersche-
nenen nebst den Vertretern der Regierung, weiterer Behör-
den und der Presse und wies auf den Sinn der Jägertage
hin. Der geschäftsführende Vorsitzende, E. Kandebrand
(Köln) sprach über „Die Not und Zukunft des deut-
schen Weidwerks“. Ausgehend von der guten, alten
Zeit schilderte Redner die Ursachen des Niedergangs des
Weidwerks, das während der Belagerungszeit durch die frem-
den Truppen, durch Wilderereien und un-
weidmännisches Jagen fast dem Ruin entgegengeführt
wurde. Die Erziehung der Jäger durch die Jagdvereine
habe zwar eine erhebliche Umwandlung herbeigeführt. Trotz-
dem liege aber noch Vieles im argen. Die Jagdreviere sollten
deshalb nur an solche Pächter vergeben werden — wenn nötig
unter Zuhilfenahme der Jägerorganisationen — über deren
jagdbliche Qualitäten man klar sei. Jagdpflichtversicherung
müsse nachgewiesen werden. Unter Umständen käme eine
Jägerprüfung in Frage. Zugehörigkeit zu einem maß-
gebenden Jägerverein müsse vertraglich gefordert werden.
Ueber das Jagen soll eine schwarze Liste geführt werden,
die vor jeder Verpachtung den Jagdbesitzern zuzufinden
sei. Ein schwerer Mangel sei der, daß noch immer Re-
viere auf einen Zeitraum von nur 3 Jahren verpachtet
würden. Mindestens müsse eine 12jährige Pachtperiode
sein. Die Jagdpachtsteuer sei eine zu Unrecht be-
stehende Steuer, die unter allen Umständen verschwinden

Wagung!

Die für die christliche Liste zur Krankenkassenwahl in
Betracht kommenden Vereine sind zu einer

Dringenden Besprechung

auf Donnerstag 7 1/2 Uhr ins Marienhaus eingeladen.
Es wird mit Rücksicht auf die Bedeutung der Wahl erwar-
tet, daß jeder Verein vertreten ist.

müsse. Im Rheinland betrage sie heute allgemein noch 15
Prozent, in anderen Provinzen und Staaten dagegen noch
bis zu 60 Prozent. Neuerdings nehme das Wilderereiumwesen
wieder stark zu. Unverkennbar seien die oft viel zu ge-
ringen Strafen. Zahlen wie 7396 Wilderereibestrafungen
im Jahre 1923, denen 1291 Freisprüche gegenüber stehen,
sprechen für sich. Die Kagen- und Hundepole richtet unter
den Wildbeständen ganz gewaltige Schäden an. Eine ent-
sprechende einheitliche Regulierung, bzw. Polizeiverordnung
sei dringend nötig. Der Regierungsbezirk Düsseldorf habe
mehrfach dringenderweise immer noch keine Polizeiverordnung er-
lassen. Als ein Segen für die Reviere würde es sich erwei-
sen, wenn die Kreise aus den Nebenbestimmungen der auf den
Jagdpachtverträgen ruhenden Lasten ihrerseits die Bestre-
mungen der Jägerschaft durch Auslegen von Wild bezügl. der
Rege unterstützen würden.

Pflicht der Jäger aber sei es, sich weidgerecht zu
gehen. Das Vertrauen zwischen Jägerschaft und Landbe-
völkerung müsse wiederhergestellt werden. Allgemein begrüßt
worden sei auch die Reichshypothekendarstellung des Herrn
Oberpräsidenten der Rheinprovinz, die sich aber nicht voll-
kommen auswirken könne, da in den benachbarten Provinzen
die Jagd auf den Rehboden nicht einheitlich erfolge. Auch die
Hauptjagzeiten bedürften einer dringenden Verende-
rung. Dringend hat der Redner die Behörden, beim Aufbau
des deutschen Weidwerks, in dem ganz gewaltige volkswirt-
schaftliche Werte liegen, den Jägern beistehen zu sein.

Abends fand zu Ehren der erschienenen auswärtigen Gäste
ein Festabend des „Weidmannschütz“ im großen Saale
der Kasino-Gesellschaft statt.

Aus dem Landkreise.

Köln, 29. März. Bislang gehört unser Städtchen noch zu
den Orten, die nach kein Ehrenmal den Soldaten des Weltkrieges
errichtet. Die Inflation hat die bereits aufgetragenen Mit-
tel wertlos gemacht. Gestellt wurde lediglich das Stein-
material, das in Düsseldorf der Bearbeitung harret. Mit
frischem Mut soll nunmehr der Gedanke aufgegriffen werden,
in einer am kommenden Sonntag, den 3. April bei Schöne-
n stattfindenden allgemeinen Bürgerversammlung.

Verbunden wird mit dem um 11 Uhr beginnenden Versam-
lung, ein Filmabend. („Das Kreuz am Schneefelsen“).
Der Eintrittspreis von 60 Pf. (Erwerbslose 30 Pf.) ist zum
Besten des Denkmalsfonds bestimmt.

Köln, 29. März. Freitag, den 1. April, nachmittags 1/2
Uhr, findet im Sitzungssaal des Bürgermeistersamtes eine Ge-
meindeversammlung statt, die von vier Gemeindevor-
sitzenden beantragt wurde. Sie sollen folgenden Antrag: Was
ist der Verwaltung über eine Einkommenssteuer der Bür-
germeisterei Köln nach Dormagen bzw. Nieheim,
bekannt, wie stellt sich die Verwaltung dazu und was ist bisher
in der Angelegenheit seitens der Verwaltung und der Aufsichts-
behörde unternommen worden?

Grundlegenden Änderungen des Kartoffelabfahses.

Kaarf, 28. März. Gestern hatten einige Interessenten die
Landwirte und die Produktenhändler in Kaarf zu einer Ver-
sammlung einberufen, in der Maßnahmen zu einem besseren
Kartoffel- und Gemüseabfah beraten werden sollten. Herr
Gutsbecker A. Leven führte den Vorsitz. Der Geschäftsführer
der Kartoffel-Lagerhandlung Rüh in Werd, Herr
Eisenhardt, legte eingehend die Wünsche des Kar-
toffelmarktes dar. Trotzdem die rheinische Kartoffel in Ge-
schmack und Reifezeit die ausländische Konkurrenz weit
übertrifft, sei sie auf dem Markt wegen ihrer schlechten Sor-
tierung und Antifäulnis in Mitleidenschaft gezogen und durch die
gut sortierte und gut verpackte ausländische Ware verdrängt
worden. Nur durch die Einrichtung einer Verkaufsgesellschaft,
die die Antifäulnis auf Zubereitung und Sortierung kon-
trolliert und durch das öffentliche Ausbieten der Ware den
Landmann überzeuge, daß gut zubereitete Ware bedeu-
tend besser bezahlt wird und sich der Anbau viel lohnender ge-
statte, sei eine Abfahverbesserung möglich. Auch das volkswirt-
schaftliche Interesse möglichst eingeschränkt werde. In der sehr
lebhaften und eingehenden Aussprache, an der sich Erzeuger-
und Händlerkreise beteiligten, kam man zu der Uebereinkunft,
daß sofort die nötigen Schritte zur Einrichtung eines Kartoffel-
und Gemüsemarktes unternommen werden müßten. Auch die
Gemeinde Büttgen soll interessiert werden. Ein
Kaarfer Händler, der sich eingehend mit diesem Problem be-
schäftigte, zog einen Vergleich zwischen den Preisen, die der
Solländer und der hiesige Landwirt für seine Frühkartoffeln im
Jahre 1926 erzielte. Der Unterschied war durchschnittlich 15
bis 20 Proz. zu Gunsten der Auslandsware. Bei Gemüse, wie
Kartoffel, Weißkohl, Wirsing usw., war der Unterschied noch
bedeutend größer. Dadurch sei allein der Kaarfer Landwirt-
schaft in den Nachkriegsjahren ein Schaden von min-
destens 1/2 Million Mark entstanden. Das volkswirt-
schaftliche Interesse sei so wichtig, daß sich auch die Behörden
nicht verschließen könnten, die Sache finanziell zu unterstützen.
Auch der Saatanbau der Frühkartoffel müßte besser aus-
geübt werden, besonders da hierin schon bedeutende Erfolge auf-
zuweisen seien. Auf Vorschlag des Kreisgartenbauinspektors
Zippelius wurde ein Ausschuss von 10 Herren gewählt,
die über die Einrichtung eines Kartoffel- und Gemüsemarktes
beraten sollen, um in einer späteren Versammlung feste und
bestimmte Vorschläge zu machen.

Der Bädericher Verwaltungsprozeß.

Schloßes Verhalten kommt nicht in Frage.
Düsseldorf, 29. März. Ein Prozeß aus der In-
flationzeit 1923/24 kam gestern vor dem Schöffengericht in
Düsseldorf zur Verhandlung. Die Düsseldorf. R. berichten da-
rüber u. a.:

Wie in anderen Gemeinden, bestand in der Gemeinde
Büderich eine Abteilung für die Auszahlung von Erwerbs-
losenzahlungen. Der Beigeordnete Johann R. soll nun ver-
urteilt haben, daß in die Erwerbslosenzahlungen Namen von Ar-
beitern eingetragen wurden, die nicht existierten. Für diese

Arbeiter sollen dann die nötigen Gelder angefordert worden
und so das Reich und der preußische Fiskus von Ende 1923
bis Anfang 1925 um etwa 70 000 Mark betrogen worden sein.
Unter der Anklage stand an diesen betrügerischen Machenscha-
ften und den dazu notwendigen Urkundenfälschungen beteiligt
zu haben, erschienen mit R. der Korrespondent Wilhelm F.,
der kaufmännische Angestellte Gustav G., der Angestellte Fra.
K., der Arbeiter Heinrich Pf., der Arbeiter Johann P., der
Gärtner Hermann H. vor dem erweiterten Schöffengericht.
Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor K. merer, hebt nach
Verlesung des Eröffnungsbeschlusses hervor, daß den Ange-
klagten nicht vorgeworfen wird, die Gelder für sich
benutzt zu haben, sondern zu anderen Ausgaben für
die Gemeinde. Zu Beginn der Vernehmung schildert der An-
geklagte R. die Art, wie in Büderich die Erwerbslosenunter-
stützung funktionierte. Es waren ihm die Angeklagten F.,
und G. beigegeben, und außerdem ein paritätischer Ausschuss.
Zur Zeit des passiven Widerstandes mußte er persönlich sich
mit der Lebensmittelversorgung beschäftigen und konnte sich
zu lange Zeit mit der Erwerbslosenfürsorge nicht mehr be-
schäftigen. Es wurde nach einem Kassenbuch gefragt, worauf
F. erklärte, er habe kein Kassenbuch geführt.

Vorsitzender: Es sollen aber ein Konto A und ein
Konto B angelegt und auf dem Konto B Erwerbslosengelder
eingetragen worden sein, die den anderen Zwecken verwendet
wurden.

Angeklagter R.: Ich bestreite ganz entschieden, ver-
anlaßt zu haben, daß Arbeiter eingetragen wurden, die nicht
bestanden. Was es mit dem Konto B für eine Verwendung
hat, weiß ich nicht.

Im weiteren Verlauf der Vernehmung stellt ein Sachver-
ständiger fest, daß in Büderich Stammlisten bestanden für
Familien, die überhaupt nicht in Büderich gewohnt haben.

R.: Ich habe die Karten nie gesehen. Ich habe davon erst
bei der Revision erfahren. Wer sie gemacht hat, weiß ich
nicht, da ich damals die Lebensmittelversorgung in Händen
hatte.

Vorsitzender: Sonderbar, daß Sie sich nicht nach dem Ur-
heber dieser Manipulationen erkundigt, um ihn sofort zu ent-
lassen.

Ein Sachverständiger: Es sind falsche Lohnlisten dagesen
und vom Arbeitsamt mehr Gelder eingefordert worden, als
berechtigt war, und die Listen tragen die Unterschrift des
Herrn R.

R.: Die Angestellten legten fertige Listen vor und ich
mußte annehmen, daß die Listen stimmten.

Zwischendurch kommt eine Sache zur Sprache, die mit der
heutigen Anklage nichts zu tun hat. Stahlfabrik Becker hat
von der Gemeinde 100 000 Mark erhalten und dabei hat die
Gemeinde 30 000 Mark verloren. R. erklärt dazu, daß er
alles getan hat, um zu retten, was noch zu retten war.

Der Angeklagte F. war bei der Erwerbslosenfürsorge in
Büderich von Oktober 1923 bis April 1924 beschäftigt und
später der Angeklagte G. Im Februar 1924 wurde von bei-
den eine Kartothek angelegt und sie führten die Bücher. Be-
züglich der Kartothek erzählt F., daß infolge von Maßnahmen
der Belgier Belege von Arbeitern verschwanden. Für die
Namen, die so in den Listen fehlten, wurden irgendwelche
Namen eingetragen. Daß das so gemacht werden sollte,
wurde, so behauptet F., durch Gespräche mit R. bestimmt.

Vorsitzender: Wie kamen Sie denn zu den Quittungen?
F.: Die Quittungen wurden von dem paritätischen Aus-
schuss unterschrieben. Die Karten haben ich selbst nicht ange-
fertigt, aber die Antifäulnis veranlaßt. In die Kartothek
wurden Belege hineingebracht, um die Gesamtschulden aus-
zugleichen. Das Geld wurde insgesamt angefordert.

Im weiteren Verlauf des Verfahrens erklärte F., er habe je
nach Bedarf Namen eingeschrieben. R. war davon unterrich-
tet. Aus den jübel eingenommenen Geldern wurden Gehäl-
ter, Beurlaubungen von Ausländern, Gehälter eines Bild-
hauers, Zahlungen an Sozialrentner usw. bezahlt, und „das
geschah“, sagt F., „auf ausdrückliche Anordnung von R.;
auch der Bürgermeister mußte davon.“

Dem Angeklagten F. hält ein Sachverständiger vor, daß
einem Kaufmann eine Summe für Papier angewiesen
wurde, wodurch ein Bogen Kanzleipapier etwa 12 Mk. kostete
(doch wohl Papiermarkt?). Darauf antwortet F., daß habe
der Kaufmann unterzeichnet, aber das Geld habe die Ge-
meinde bekommen; genau daselbe gilt von einem Betrag, der
ihm, F., als Gehalt angewiesen wurde.

Der Sachverständige erklärt, daß die Art solcher Quit-
tungsausfertigungen nicht nur in Büderich, sondern auch
andere wo gehandhabt wurde. Man ging von dem
Standpunkt aus, daß das Reich alles bezahlt. Es war eben
in der Inflationzeit.

Der Angeklagte F. will nur nach Angaben des F. gehandelt
haben. „Unwiderlegt wurde die Zahl der Erwerbslosen
höher angelegt, um Gelder für andere Zwecke zu erhalten, R.
wachte darum. R. widerspricht.“

Vor der Mittagspause beantragt der Staatsanwalt, den
Angeklagten während der Mittagspause wegen Verdur-
telungsfähigkeit festzunehmen. Das Gericht lehnt den Antrag
ab. Nun tritt die Pause ein.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wirft ein Vertet-
diger folgende Bemerkung in die Vernehmung: „Der An-
geklagte R. war von dem Gemeinderat zum Bürgermeister
gewählt. Zwei Tage nach der Wahl tauchte die Anzeige we-
gen dieser Sache auf. Das ist Politik.“ Ein Sachverständiger
erwidert darauf, daß er sich um Politik nicht bekümmert hat
und der Vorsitzende bemerkt: „Das Gericht hat nichts mit
Politik zu tun.“ Der Angeklagte Franz K. erklärt, daß im
Einverständnis mit dem Bürgermeister verabredet wurde,
einen paritätischen Ausschuss zu bilden, in den R. und Pf.
als Vertreter der christlichen Bewegung, F. als Vertreter der
sozialistischen und H. als Vertreter der kommunistischen Be-
wegung gewählt wurden. Er erklärt, daß damals sehr unge-
ordnete Verhältnisse herrschten und R. nur einmal im Büro
war. Wir waren von den Belgiern mit Verhaftung bedroht
und unsere Regierung war im besetzten Gebiet. Wir haben
uns für alle ins Zeug gelegt. Eine praktische Arbeit war da-
mals nicht möglich. Das Personal war ungenügend. So
schlug ihm die Sache über den Kopf. Als Vertreter von vier
Parteien hatten wir alles Interesse, genaue Kontrolle zu füh-
ren. Wir haben nur die Hälfte der uns zugewandenen Gehäl-
ter erhalten.“

Es wurde nun in die Zeugenvernehmung eingetreten. Der
Landrat des Kreises Neuf erklärte, daß das San-
ratsamt nur eine Zahlstelle war und auch keine Revisionsbe-
fugnis hatte, die bei der Regierung lag. Vom Landratsamt
ging ein Votum nach der Regierung, die einen Scheid ausstellte;
dann wurde das Geld an die Gemeinden verteilt, aber oft
haben die Gemeinden nicht alles bekommen, weil die Regie-
rung nicht immer über die nötigen Mittel verfügte. Von
Büderich hat der Zeuge nur durch die Revision vernommen.
In der Inflationzeit hätte ich es nicht billigen können, aber

(Jugendabteilung.) Die jeden Freitag abend übliche Spielerziehung fällt ab morgen aus. Ab Samstag, den 2. April, jeden Samstag ab 4 Uhr: Handball, Faustball, und Schlagballtraining, woran anschließend eine Vespredung der sonntäglichen Spiele stattfindet. Pflicht eines jeden, pünktlich zu erscheinen. Auch die älteren Mitglieder sollen zahlreich erscheinen.

Warum husten Sie,
wenn Sie in Fay's echten Sodener Mineral-Pastillen
ein ausgezeichnetes Mittel dagegen haben?

Eichbestimmungen für Einzelhändler.

Nach der Eichordnung sind bis zum Ende dieses Jahres die Verkaufswagen, Waage und Gewichte nachzuweisen, die den Eichungsstempel von 1925 tragen, da die Waageeinrichtungen bis zu 3000 Kilogramm in zwei Jahren und über 3000 Kilogramm in 3 Jahren nachzuweisen sind. Diese Frist rechnet, was besonders zu beachten ist, nicht 2 oder 3 Jahre vom Tage der Eichung ab, sondern sie läuft immer mit Jahreschluss ab. Trotz vielfach geäußelter anderer Ansicht darf der Einzelhändler die Nachweisung seiner Waagen, unabhängig von dem Tage der letzten Eichung, in dem Jahre vornehmen lassen, in dem die Frist abläuft. Es ist aber allen Kaufleuten dringend zu empfehlen, diese Nachweisung fristgerecht vornehmen zu lassen, denn bei Unstimmigkeiten der Waagevorrichtungen können nicht bloß Schäden zu Ungunsten des Ladeninhabers, sondern auch falsche Ansichten innerhalb des Kundenkreises über die Reliabilität des Kaufmannes entstehen, was einen Schaden anrichtet, der nie gut gemacht werden kann. Wichtig ist auch, daß Waagen und Gewichte, wenn sie nicht mehr im Geschäft verwendet werden, im Ladenlokal nicht aufbewahrt werden dürfen. Die Eichbehörden sehen nämlich darauf, daß dem Personal keine Gelegenheit gegeben ist, bei starkem Andrang oder in anderen Fällen alle unrichtigen Waagen und Gewichte als Ersatz heranzuziehen. Die Maß- und Gewichtspolizei ist verpflichtet, nicht bloß berechnigt, nach fehlerhaften Waagen und Gewichten Umschau zu halten und sie zu vernichten.

Daher sollte es sich jeder Einzelhändler angelegen sein lassen, fehlerhafte Waagen und Gewichte aus dem Geschäftsalte zu entfernen und sie sicher aufzubewahren. Waagen und Meßgeräte sind auch dann schon fehlerhaft, wenn der Eichstempel beschädigt, abgefallen oder verloren gegangen ist. Das ist sehr leicht beim Reinigen möglich. Durch Befestigung oder unleserlich gemachte Eichstempel wird die Eichung aufgehoben, selbst wenn sie erst vor ganz kurzer Zeit vorgenommen wurde. Derartige Waagen, Maße und Gewichte müssen sofort neu geeicht werden. Die jetzt vielfach im Verkehr befindlichen Schnellwagen unterliegen ebenfalls wie die Balken- und Tafelwagen den Bestimmungen der Eich- und Gewichtsordnung. Auch die Schnellwagen sind der Nachweisung unterworfen und mit Eichstempeln zu versehen. Es dürfen nur solche Schnellwagen verwendet werden, die von der physikalisch-technischen Reichsanstalt in Berlin zugelassen worden sind. Jeder Kaufmann, der sich eine solche Schnellwaage anschafft, muß sich daher vorerst vergewissern, ob diese Waage überhaupt Verwendung finden darf. Die Ver-

handlung und Reinigung der Waagen und Gewichte hat mit ihrer Eichung an sich nichts zu tun, sind aber von besonderer Wichtigkeit. Bei den Waagen ist die Sauberhaltung der Nennwerte von großer Bedeutung, denn durch Schmutz und Rostflecken kann die Genauigkeit der Waage stark beeinträchtigt werden. Die Kaufleute sollten sich immer vor Augen führen, daß genaues Gewicht die beste Empfehlung für das Geschäft ist und falsche Gewichte nicht nur dem Kunden, sondern auch dem Geschäftsherrn schaden können.

Postwesen.

a) Einlieferungsgebühr für telegraphische Postanweisungen und Zahlarten.

Für telegraphische Postanweisungen und Zahlarten, die außerhalb der Postkassenstunden an einer für die Annahme von Sendungen geöffneten Schalterstelle eingeleitet werden, wird die Einlieferungsgebühr künftig nicht erhoben.

b) Zahlungs- und Postanweisungen mit dem Vermerk „Bezüge aus der Reichs- (Staats-, öffentlicher) Kasse“.

An Privatpersonen gerichtete Zahlungs- und Postanweisungen mit dem Vermerk „Bezüge aus der Reichs- (Staats-, öffentlicher) Kasse“ sind von der Begleichung durch Guthabekonten auf Postkonten des Empfängers oder im Reichsbankgirono- wege ausgeschlossen.

Einreise nach Frankreich und Belgien.

Das französische Konsulat teilt mit: Alle Fremden, die sich nach Frankreich begeben wollen, um dort Arbeit zu finden, müssen im Besitz eines von der zuständigen Abteilung des französischen Arbeits- und Landwirtschaftsministeriums genehmigten Vertrags sein. Derselbe Vertrag ist ein vom Arzt des französischen Konsulats ausgestelltes Gesundheitszeugnis beizubringen. Wer in Frankreich eine Stellung bereits hatte und lediglich befristet in Deutschland war, bedarf bei seiner Rückkehr nach Frankreich zum Wiedereintritt in seine frühere Stellung keines neuen Vertrags. Er muß jedoch beweisen, daß er beurlaubt war und im Besitz eines Schreibens seines Arbeitgebers sein, aus dem hervorgeht, daß dieser ihn in seine frühere Tätigkeit zurückruft; auch dieses Schreiben muß von einem der obengenannten Ministerien genehmigt sein.

In Belgien ist die Fremdensteuer (taxe spéciale sur les étrangers) vollständig aufgehoben worden, jedoch diese Sonderbelastung für die kommende Reisezeit wegfällt.

Verchiedenes.

a) Sprechstunden über Südamerika. Der ehemalige Handelsfachverständige, jetzt Geschäftsführer bei der Deutschen Gesellschaft in Buenos Aires, Herr Bruch-

hausen, hält in den ersten Tagen des April in Düsseldorf Sprechstunden ab, und zwar steht er den Interessenten aus Handels- und Industriekreisen zu Einzelbesprechungen zur Verfügung. Firmen, die sich hierfür interessieren, wollen sich mit der Kammer in Verbindung setzen.

b) Auf unserer Geschäftsstelle liegt ein Verzeichnis von Adressen der größten Baumwollspinnereien für Baumwollsaat und der ägyptischen Exporteure für Cottonöl vor. Das Verzeichnis kann auf der Geschäftsstelle eingesehen werden.

c) Die Rheinisch-Westfälische Verwaltungsakademie in Essen veranstaltet in der Zeit vom 20. bis 23. April 1927 eine kommunale Woche, in welcher als Thema die kommunalen Finanzen behandelt werden. Interessenten wollen sich an die Kammer wenden.

d) Die Deutsche Orientbank hat die Kammer um Mitteilung derjenigen Firmen gebeten, welche Interesse an dem türkischen und ägyptischen Bericht haben. Interessenten mögen sich an die Kammer wenden.



Wollen ist Können

Gewinnen im Sport wie auch im Leben erheischt Gewandtheit, Wille und Ausdauer.

Quaker Oats Haferflocken sind die gegebene Nahrung für jedermann — doppelt so nahrhaft als Fleisch.

Quaker Oats

Nur in Paketen erhältlich.

Verkaufspreise:
Ganzes Paket 65 Pfg.
Halbes Paket 35 Pfg.

Veranmeldung.
Für die hiesigen Volksschulen beginnt das neue Schuljahr am 1. April 1927. Alle Kinder, die in der Zeit vom 1. Oktober 1926 bis 30. September 1927 geboren sind und die früher geboren, die bisher vom Schulbesuch wegen Krankheit befreit waren, sind schulpflichtig und müssen am genannten Tage um 8 Uhr vormittags der betreffenden Volksschule zugewiesen werden.

Neuss, den 25. März 1927.
Der Oberbürgermeister, J. B. Goerh.

Veranmeldung.
Die am 28. September 1926 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Vergütungssteuerverordnung für den Stadtbezirk Neuss hat die höheren Orts erforderliche Genehmigung mit der Maßgabe gefunden, daß der Steuerfuß im § 8 Ziffer 1 d von 80 Prozent auf 60 Prozent herabgesetzt worden ist. Die Steuerordnung ist bereits in Kraft getreten. Wollt man sich bei der Steuerstelle, Rathaus, Zimmer 16, einsehen.

Neuss, den 25. März 1927.
Der Oberbürgermeister, J. B. Thielemann.

Neuer Spar- u. Bauverein

Zu unseren Neubauten an der Amnstraße sind zu vergeben:

- 1) Erd-, Beton- und Maurerarbeiten,
- 2) Zimmerarbeiten,
- 3) Eisenlieferung.

Offertenformulare und Pläne sind zu erhalten und Zeichnungen einzusehen, bei unserem Bauleiter, Herrn Arch. Jac. Kemmer, Breitestraße 88.

Offertenabgabe muß bis zum 5. April, abends 6 Uhr erfolgen.

Der Vorstand:
J. A. Kemmer.

Bohnenstangen

(rotannen) I. und II. Kl., Baum- und Zaunpfähle, Am. Sup. 9x9, Kalk, Kalkstichstoff, schwefel, Ammoniak sowie alle Holz- und Baumaterialien empfehlen

M. Bergerhausen & Sohn
Hörren-Dormagen. Tel. 63.

Rinder und Fohlen

auf gute Weide.

Theodor Rath, Schiefbahn
Telefon 27, Amt Wüllich.

Kameras, Platten
Papier, Schalen
aller Art

Photografische Bedarfsartikel

Auch Amateurarbeiten werden fachmännisch billigst ausgeführt.
Hubertus - Drogerie
B. Walge, Niederstr. 61.

Alles hängt vom Tabak ab
Güte, Preiswürdigkeit,
Bekömmlichkeit, kurzum
der Wert der Cigarette für
den Raucher
Haben wir also recht wenn
wir sagen:
Es liegt am Tabak

Salpaus
MOCCA
die besonders gute, daher besonders preiswerte
5 Pfg. Cigarette.

Bemerkenswerte Tatsache!
Daher Augen auf beim Einkauf von

TAPETEN.

Ca. 5000 Rollen werden zum billigsten Preise von 17 Pfg. an verkauft.
Leinöl, Lacke, Farben, Pinsel etc. alles für den Hausputz sowie Linoleum, Balsam zu den niedrigsten Preisen.

Tapetenhaus Frings

Hammorsstraße 8, Ecke Neustrasse.

Alle Zeitungen

vorräthig in der
Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Gebrauchtes

Damen-Rad
billig abzugeben.
Königsstr. 35.

Schneider

Stärke befestigt man in ca. 3 Tagen mit Leinwandstreifen u. Seide. Gar. geruchlos. Dantelarbeiten laufen täglich ein. Erhältlich in den Apotheken u. Drogerien.

Einige 1000 Stk. schöne Leinwand u. Seide abzugeben.

Hedersheim,
Machensdörferstr. 24.

Antiquitäten

(Antikes Ideal) sowie Goldschmuck in Trauballen, Schmuck, abzugeben.

Rath, Weber,
Mittelgut Bodrath
bei Dülmen.

Fahrrad zu ver-
kaufen.
Königsstr. 13.

Dr. holl. Erbklinge

mit Verabreichung des
Zahntafel
Zahntafel
Goldnieren
Zahntafel
Zahntafel

Alfred Widenhoff,

Kapellen, Telefon 41.

Kleider-
der Samenhandlung
Wid. Otter & Sohn,
Dülmen,
Zahntafel und Preis
vom Widenhoff.

100 Stk. Zahntafel
Zahntafel und einige
Morgen Spinnat abzu-
geben.
Robert Schmitz,
Königsstr. 44.

Sporthaus

Jacob Rabben, Erftstraße 11

empfehlen

zur Tennis-Saison-Eröffnung

Tennisclubs Tennisplätze
Tennisplätze Tennisplätze
Tennisplätze Tennisplätze

sowie sämtliche sonstige Sport- und Turngeräte,
Tennisplätze-Reparaturen und Belagung
nachdem prompt und billig.

Küchen

(Büfett, Anrichte,
Tisch, 2 Stühle)
von Mk. 100.— an

Schlafzimmer

in diversen Ausführungen

Kleiderschränke

von 45 Mk. an

Bettstellen

in Plüsch
von 42 Mk. an

Sofas

in Leder-
von 75 Mk. an

Sofas

in Leder-
von 58 Mk. an

Chaiselongs

von 47 Mk. an

Flurgarderoben

mit geschl. Spiegel und acht
Haken 32 Mk.

Stühle

in grosser Auswahl

Wollmatten

von 35 Mk. an

Tüdingstraße 2.

Für die Frühlingssaison

festen Zelte stellen,

1-800 Quadratmeter.

A. Arlges, Gaster
bei Garff.

Veranstaltungen.

Rath, Arbeiterverein der Mühlentier.

Mittwoch, den 30. März, abends 8 Uhr:
Vorstellung im St. Annastift.
Wegen der dringenden Bedrohung über
unsern Pensionsabend nächsten Sonntag und
sonstige Fragen wird um pünktliches u. voll-
ständiges Erscheinen gebeten. Der Präses.
Ehrenworte der Mühlentier.

Dienstag, den 31. März, abends 8 Uhr:
Mittels der Ehrenworte zu Ehren des
gütlichen Verzeihens.

Rath, Werkbund Theaterabteilung.
Dienstag, den 30. März, abends 8 Uhr:
im St. Annastift unsere Probe halt (1. und
2. Akt), wenn alle pünktl. erscheinen mögen.
Theaterabteilung des Rath, Arbeitervereins St.
Marien.

Freitag, den 31. März, abends 8 Uhr:
unser Probe halt, wenn alle erscheinen
mögen.